

Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales am 29.01.2026, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Sami Bouhari	SPD	Vertretung für Frau Inge Walfort
Herr Günter Alfred Büscher	CDU	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Herr Dominik Hanning	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Frau Sabrina Klöpfer	CDU	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Robert Ostendorf	Pro Coesfeld	
Frau Irene Schneider	CDU	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Matthis Tasler	SPD	Vertretung für Frau Bettina Suhren
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	Vertretung für Frau Jasmin Riering
Herr Lars Vogel	CDU	
Verwaltung		
Frau Lea Strotmann	FB 50	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Michael Vogt	FBL 50	
Gäste		
Hannah Lanfermann		
Veronique Rütter		
Frau Sonja Weiß		

Schriftführung: Frau Lea Strotmann

Herr Lars Vogel eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:40 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften
Vorlage: 002/2026
- 3 Haushalt 2026: Beratung des Budgets 50
Vorlage: 009/2026
- 4 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
-------	---

Herr Vogel beantragt eine kleine Änderung der Tagesordnung. Und zwar wird als Tagesordnungspunkt die Vereidigung von Herrn Ossendorf hinzugefügt. Diese wird im Anschluss direkt durchgeführt.

Herr Vogt kündigt den Termin für das Treffen mit der Wohnstätte Maria Droste an. Der Termin findet dieses Jahr am 03.07.2026 statt. An diesem Tag wird auch das 20-jährige Jubiläum der Wohngruppe gefeiert. Der genaue Tagesablauf steht noch nicht fest. Der Beginn soll um circa 14:30 Uhr sein.

Danach stellt Herr Vogt die aktuellen Zahlen des Fachbereichs 50 vor. Die genauen Informationen können der beiliegenden Präsentation entnommen werden.

Danach erklärt Herr Thies, dass eine Sozialstaatskommission gegründet wurde, welche einen Bericht mit Maßnahmen zur Entbürokratisierung entworfen hat. Laut diesem gibt es 26 Empfehlungen in 4 Handlungsfeldern. Die Handlungsfelder samt Empfehlungen können dem als Anlage beigefügten Bericht der Kommission entnommen werden. Herr Thies stellt klar, dass es noch viele Unklarheiten bezogen auf die Umsetzung gibt. Generell ist auch die Finanzierung des Projekts noch nicht abschließend geklärt. Lt. Empfehlungen der Sozialstaatskommission sollen die notwendigen Gesetzgebungsverfahren möglichst bis 2027 abgeschlossen sein. Der Ausschuss wird regelmäßig über die Entwicklungen informiert.

TOP 2	Soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften Vorlage: 002/2026
-------	---

Es erfolgt eine Vorstellung der Alexianer IBP durch Frau Lanfermann, Frau Rüther und Frau Weiß. Frau Lanfermann und Frau Rüther teilen sich momentan die Vollzeitstelle für die soziale Betreuung in den Obdachlosenunterkünften. Es folgt eine Vorstellung Ihrer Arbeit und die Erläuterung von Fallbeispielen (siehe Präsentation).

Herr Bouhari bedankt sich für die ausführliche Präsentation und den Einblick in die vielfältige Arbeit. Er fragt, ob sich die Zusammensetzung in den Fallkonferenzen je nach Einzelfall ändert und zum Beispiel ggf. das Jobcenter mit eingebunden wird.

Herr Vogt erklärt, dass die Stadt zu diesen Fallkonferenzen einlädt. Dabei sind immer die gleichen Akteure eingeladen. Auch 2 Kollegen aus dem Jobcenter sind immer anwesend (Fallmanagement und Leitung). Zudem noch Mitarbeiter der Polizei, des Ordnungsamts, des Sozialamts und des sozialpsychiatrischen Diensts.

Frau Weiß ergänzt, dass die Fallkonferenzen eingeführt wurden, um die entsprechende Person besser kennenzulernen. In den fallbezogenen Besprechungen zu den einzelnen Bewohnenden kommen auch teilweise die Hausärzte oder Mitarbeiter der Klinik am Schlossgarten mit dazu.

Herr Hanning bedankt sich bei den Mitarbeitern des IBP für deren Arbeit. Ihm sei die Interaktion mit den Bewohnenden sehr wichtig, auch wenn es eine freiwillige Aufgabe ist. Ihm fehle jedoch die Tiefe in der Vorlage der Stadtverwaltung. Freiwillige Aufgaben sollten immer gut begründet

werden und in der Vorlage fehlten die entsprechenden Zahlen. Unter anderem müsste aufgezeigt werden, wie viel Geld für welche Erfolge eingesetzt wird.

Herr Vogt erläutert die Vorlage. Er begründet den Vorschlag der Anhebung auf 1,5 Stellen dadurch, dass im lebenspraktischen Bereich der Bewohner noch mehr Bedarf besteht.

Frau Vennes erkennt den Bedarf, betont aber, dass es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt. Grundsätzlich werde Sie dem Antrag aber zustimmen.

Herr Vogt ergänzt noch, dass das Konzept in der damaligen Vorlage ausführlich dargelegt wurde.

Herr Bouhari merkt an, dass die anderen Parteien erkennen müssen, dass es sich bei den Bewohnenden um Systemsprenger handelt. Er verdeutlicht, dass der Fokus bisher auf der Beziehungsarbeit lag und bereits schon erste Erfolge zu erkennen sind. Es wurde aber auch sichtbar, wo noch Kapazitäten fehlen. Die SPD hatte in ihrem Antrag die Aufstockung auf zwei Stellen vorgeschlagen. Diesen Antrag möchte er gerne zurückziehen, da bei einer Aufstockung auf zwei Stellen eine Ausschreibung durchgeführt werden müsste und so eine weitere Zusammenarbeit mit dem IBP nicht gewährleistet wäre. Er spricht sich dafür aus, dass nach einem dreiviertel Jahr ein Reporting durchgeführt werden soll, um die Erfolge sichtbar zu machen.

Herr Thies stellt klar, dass der Vorschlag der Verwaltung nicht aufgrund der möglichen Ausschreibung gemacht wurde, sondern nach Abwägung des Bedarfs und der Finanzen.

Herr Kestermann merkt an, dass das IBP momentan eine Stelle plus Urlaubs- und Krankheitsvertretung hat und fragt, ob diese Vertretung dann in den 1,5 Stellen enthalten wäre.

Herr Vogt bestätigt dies. Bezogen auf die Kosten berichtet er, dass bei der Aufstockung mit 105.000,00 € jährlich gerechnet wird. Bisher fallen Kosten in Höhe von 75.000,00 € an.

Herr Öhmman und Frau Vennes sprechen sich für die Aufstockung auf 1,5 Stellen aus.

Herr Büscher merkt an, dass aus seiner Sicht die Gelder von der falschen Stelle bezahlt werden. Dinge wie die Beantragung eines Pflegegrads sollten durch den gesetzlichen Betreuer geregelt werden.

Frau Lanfermann weist darauf hin, dass eine gesetzliche Betreuung in der Regel freiwillig ist und nur in seltenen Fällen gegen den Willen der Person installiert werden kann.

Frau Weiß berichtet, dass viele Bewohnende bei dem Begriff gesetzlicher Betreuer an Entmündigung und Kontrolle denken und daher keiner gesetzlichen Betreuung zustimmen.

Herr Stratmann fragt, ob die Pflegedienste bei der Arbeit mehr mit einbezogen werden können.

Frau Rüther bejaht dies, allerdings haben sich bisher alle angefragten Coesfelder Pflegedienste geweigert in die Unterkünfte zu kommen. Momentan wird mit einem Pflegedienst aus Rosendahl zusammengearbeitet. Der Plan ist es aber, sich bei den Coesfelder Pflegediensten noch einmal persönlich vorzustellen.

Herr Hannig findet den Vorschlag mit dem Reporting/Monitoring gut, um dann zu schauen, ob das eine dauerhaft tragbare Lösung ist.

Herr Kämmerling betont, dass Erfolge in dem Bereich kleinschrittig erarbeitet werden müssen. Große Erfolge werden wahrscheinlich erst nach 10 – 15 Jahren sichtbar. Allerdings zeigt sich jetzt schon, dass die soziale Betreuung für mehr Ruhe in Coesfeld sorgt und auch eine Entlastung für die Polizei darstellt.

Beschlussvorschlag (Verwaltung) mit Ergänzung:

Die soziale Betreuung obdachloser Personen in der Stadt Coesfeld soll auf insgesamt 1,5 Vollzeitstellen ausgeweitet werden. Der mit der Alexianer IBP GmbH bestehende Vertrag soll angepasst und fortgesetzt werden. Die erforderlichen Mittel sind in die Haushaltspläne 2026 und Folgejahre einzustellen. Darüber hinaus wird beschlossen, dass nach 9 Monaten ein Reporting/Monitoring stattfinden soll, um die Wirksamkeit zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 3	Haushalt 2026: Beratung des Budgets 50 Vorlage: 009/2026
-------	---

Herr Vogt stellt die Erläuterungen zum Haushaltsentwurf vor. Bei den geplanten Positionen haben sich zwei Änderungen ergeben.

Änderung 1: Infolge der in der Sitzung beschlossenen Aufstockung der IBP Stellen auf 1,5 Stellen ergibt sich in diesem Bereich eine Erhöhung der Ausgaben auf 105.000,00 €.

Änderung 2: Bei der Haushaltsplanung wurde mit höheren Zuweisungszahlen gerechnet, als momentan absehbar sind. Daher wird die Stadt eine geringere Kostenerstattung des Landes erwarten. Dies soll im Haushaltsplan angepasst werden.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dem Rat die Annahme der Budgets 50 wie im Entwurf des Haushaltsbuches 2026 dargestellt mit einschließlich der nachfolgenden in der Sitzung vorgetragenen Änderungen/Ergänzungen zu empfehlen:

1. Infolge der in der Sitzung beschlossenen Aufstockung der IBP Stellen auf 1,5 Stellen ergibt sich in diesem Bereich eine Erhöhung der Ausgaben auf 105.000,00 €.

2. Bei der Haushaltsplanung wurde mit höheren Zuweisungszahlen gerechnet, als momentan absehbar sind. Daher wird die Stadt eine geringere Kostenerstattung des Landes erwarten. Dies soll im Haushaltsplan angepasst werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	6	0	7

TOP 4	Anfragen
-------	----------

Herr Stratmann fragt an, wie die Summe aus der Sitzungsvorlage zum TOP 2 bezogen auf den Neubau Harle zustande gekommen ist.

Herr Thies erklärt, dass diese Summe von Fachleuten berechnet wurde. Dabei wurde geschaut, was ein Neubau nach Baukostenindex kosten würde und die Nebenkosten dazuge-rechnet.

Herr Hanning erklärt, dass eine Kostenermittlung in der Regel auf Grundlage der Baukörper gemäß HOAI erfolge.